



Rede von

Gerhard Zorn

**Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion
im Rheinisch-Bergischen Kreis**

Zum Doppelhaushalt 2025 / 2026

Konsolidieren und Priorisieren!

In Bildung und Schule investieren!

**Soziale Strukturen erhalten und
bedarfsgerecht – Pflege – ausbauen!**

Attraktiven ÖPNV erhalten!

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren,

sehr geehrter Herr Eckl,
dieser Doppelhaushalt ist der letzte Haushalt, den Sie eingebracht haben – der erste, mit dessen Bewirtschaftung ihr Nachfolger als Kämmerer verantwortlich ist. Sie haben meine Fraktion immer offen, nachvollziehbar und transparent beraten – trotz Opposition. Daher: Herzlichen Dank für viele Jahre glaubwürdigen Einsatz für stabile Kreisfinanzen. Sie stehen für solide Zahlen, einen transparenten Blick auf die finanziellen Risiken – und eine Nutzung der finanziellen Chancen. Von den Chancen haben Sie allerdings immer deutlich weniger geredet als von den Risiken. So steht es sicher im Lehrbuch für gute und erfolgreiche Kämmerer!
Herr Beer, Ihnen eine gute Hand in finanziell herausfordernden Zeiten. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit Ihnen! Dem gesamten Team der Kämmerei Danke für einen schwierigen Job mit großen finanzpolitischen Herausforderungen. Wir nehmen alle gute Nachrichten zum Haushalt gern entgegen. Schlechten Nachrichten nehmen wir zumindest nicht persönlich!

Sehr geehrte Damen und Herren,

bereits in meiner Haushaltsrede für den Haushalt 2024 habe ich darauf hingewiesen, dass wir in Deutschland das Problem lösen müssen, wie wir die Folgen des Überfalls von Russland auf die Ukraine, den Investitionsstau der letzten Jahrzehnte, die Kosten einer älter werdenden Gesellschaft und die Kosten für den zwingend erforderlichen Umbau in eine klimagerechte und nachhaltige Wirtschaft und Gesellschaft – inklusive Verkehr und Wohnen – sozial gerecht finanzieren können.

Mit dem von CDU/CSU, SPD und Grünen diese Woche im Bundestag beschlossenen Sondervermögen werden nicht alle Probleme gelöst. Aber die Lösung kann wirksam angegangen werden.

Viele sagen, dass dies mit Schulden zu Lasten späterer Generationen geschieht. Den folgenden Generationen ist aber nicht geholfen, wenn wir Ihnen zwar weniger Schulden, aber dafür nicht mehr nutzbare Kitas und Schulen, nicht mehr befahrbare Autobahnen und Bahnstrecken hinterlassen oder keine für KI und moderne Kommunikation taugliche digitale Infrastruktur schaffen. Die Langsamfahrstrecken der DB dürfen nicht Taktgeber für das Tempo des Fortschritts in Deutschland sein. Den folgenden Generationen ist auch nicht geholfen, wenn wir unsere Klimaziele nicht erreichen, weil wir zu wenig in grünen Wasserstoff, die Verkehrswende inklusive einer guten E-Ladeinfrastruktur und die energetische Sanierung investieren. Themen, in denen wir die Bürgerinnen und Bürger nicht allein lassen dürfen.

Die SPD will in die Zukunft investieren, damit unsere und nachfolgende Generationen eine gute, eine lebenswerte Zukunft haben.

Diese zusätzlichen Investitionen helfen uns auch hier vor Ort! Die zusätzlichen Investitionen müssen und werden auch bei den Kommunen und Kreisen ankommen, weil hier 41 % der öffentlichen Investitionen getragen werden. Wir müssen dafür sorgen, dass auch der Rheinisch-Bergische Kreis erfolgreich partizipiert!

Die Linke und die FDP haben im Bundestag widersprochen. Klar!

Und natürlich: Die AfD beschwert sich, mäkelte und mault – und stimmt im Bund dagegen. In einer Demokratie, für die die SPD steht und die sie verteidigt – und für deren Einsatz SPD-Mitglieder zwischen 1933 und 1945 verfolgt und getötet wurden – ist das ihr Recht.

Aber den Wählerinnen und Wähler der AfD sage ich: Die AfD will für die Menschen keine bessere Zukunft. Sie braucht ihre Unzufriedenheit nur für den eigenen Erfolg. Die AfD will die Demokraten jagen – will Chaos statt Konsens. Die Verbesserung der Lebensbedingungen für die Menschen passt nicht ins AfD-Konzept.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die kommunale Ebene erhält ein Siebtel der Steuereinnahmen und trägt mehr als ein Viertel der öffentlichen Ausgaben. Der Deutsche Landkreistag fordert daher eine deutliche Erhöhung des kommunalen Anteils an der Umsatzsteuer. CDU, Grüne und SPD im Kreistag ergänzen, dass die Finanzierung des Bundeszuschusses zum Deutschlandticket dauerhaft sichergestellt und auch seitens des Bundes eine Entschuldung der Kommunen von Altschulden angegangen werden muss.

Unabhängig hiervon müssen wir im Kreis konsolidieren! Die Politik im Kreistag ist sich ihrer gemeinsamen Verantwortung hierzu bewusst. Das hat auch die SPD im Kreistag – trotz Opposition – bewiesen. Auf das erhöhte strukturell Defizit reagierte der Kreistag vor einem Jahr durch Beschlüsse zum „Konsolidierungsprogramm für den Kreis“ auf Antrag der SPD-Fraktion und den Antrag zum „Transformations- und Konsolidierungsprozess“ der Fraktionen von CDU und Grünen.

Alle demokratischen Fraktionen in diesem Kreistag wollen die Menschen nur in geringem Umfang durch höhere kommunale Steuern belasten. Im AK Haushaltskonsolidierung, dessen Arbeit fortgesetzt werden soll, haben wir uns fraktionsübergreifend auf Einsparungen in Höhe von 85 Mio. € in den Jahren 2024 bis 2029 verständigt. Das ist eine beachtliche, eine beispiellose Entscheidung! Im Haushalt ist darüber hinaus eine globale Minderausgabe iHv. 5 Mio. für 2026 berücksichtigt. Durch diese Maßnahmen kann 2025 die Kreisumlage stabil gehalten werden. Sie muss erst 2026 im Vergleich zu anderen Kreisen sehr moderat erhöht werden.

Ich vermissе allerdings den Antrag der AfD auf Erhöhung der Kreisumlage. Die AfD-Fraktion hat gerade die Nutzung der Bilanzierungshilfe für bereits entstandenen Kosten der Corona-Pandemie und den Krieg in der Ukraine in Höhe von knapp 40 Mio. € abgelehnt. Natürlich mit dem bekannten Argument, spätere Generationen nicht zu belasten. Klingt Ehrevoll! Ist aber völlig verantwortungslos! Alternativlose Folge ihrer Position ist, die 40 Mio. € 2025 oder 2026 über die Ergebnisrechnung zu buchen. Die Kreisumlage müsste dann um 8 %-Punkte steigen. Die Folge: In Bergisch Gladbach müssten 16 Mio. € mehr über Grund- und Gewerbesteuer aufgebracht werden – in Overath 4 Mio. €, um das beispielhaft zu verdeutlichen. Jetzt – nicht irgendwann! Herr Weihrauch: Erklären Sie Ihren Wählerinnen und Wählern, das in konsequenter Umsetzung Ihrer Position die Steuern für Gewerbe und Hauseigentümer und in Folge dann die Nebenkosten für Mieter erhöht werden müssen! Bekennen Sie Farbe, statt nur zu labern! Die AfD im Kreis nimmt bewusst massive Steuererhöhungen in Kauf! Punkt!

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Kreis muss ein noch effizienterer Dienstleister für seine Kunden – Bürgerschaft, Gewerbe und Unternehmen – werden. Dies kann durch weitere Digitalisierung, KI, stärkere Zusammenarbeit, schlankere Prozesse und Konzentration auf das Wesentliche gut gelingen. Neue Arbeitsmethoden sind auszuprobieren und bei Erfolg zu etablieren. Gemietete Büroflächen sind dem sinkenden Bedarf entsprechend abzumieten – das spart Geld.

All dies erfolgt unter Einbindung der Mitarbeitenden als entscheidenden Akteuren für die praktische Umsetzung und deren Vertretung, dem Personalrat und der Schwerbehindertenvertretung. Die Prozesse werden besser gesteuert über ein gegenüber heute verbessertes Berichtswesen. Soweit der Plan – den Kreisdirektor Fischer meiner Fraktion vorgestellt hat.

Herr Fischer, ich wünsche Ihnen und Ihrem Team viel Erfolg. Den Mitarbeitenden insgesamt und deren Vertretung danke für die erneute Bereitschaft, sich auf diesen herausfordernden Prozess einzulassen.

Dieser Prozess ist auch deswegen wichtig, weil alle Gebietskörperschaften in Zukunft Probleme haben werden, Stellen zu besetzen. Nicht nur neue Stellen. Das gilt für alle Stellen! Die geburtenstarken Jahrgänge gehen bis 2030/2032 in Rente! Der Kampf um die Fachkräfte ist in vollem Gang! Die öffentliche Verwaltung steht in Konkurrenz zur Privatwirtschaft. Der Kreis in Konkurrenz zu den Kommunen, dem LVR und hier in der Region zu z.T. besser zahlenden Bundes- und Landesbehörden. Aber ohne Fachkräfte wird bei uns im Kreis keine Brücke gebaut, kein behindertes Kind in der Schule gepflegt, kein ÖPNV geplant, kein Bescheid erstellt, die Umwelt nicht in Sachen Natur-, Gewässer- und Artenschutz bewahrt, die Gesundheit nicht geschützt und keine Leistung ausgezahlt. Nochmal: Dank an die Mitarbeitenden für die geleistete Arbeit und ihr Engagement im und für den Kreis!

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch in finanziell schwierigen und gesellschaftlich herausfordernden Zeiten muss die Politik Akzente setzen. Für die SPD-Fraktion sind folgende Themen wichtig:

- Einschnitte der Leistungen im Bereich Bildung und Schule sind für uns nicht vertretbar. Wir wollen wie folgt investieren:
 - ✓ In eine starke und attraktive Berufsschule auf dem Zanders-Gelände, die das Handwerk stärkt und den Kreis als Ausbildungsstandort wieder deutlich attraktiver macht.
 - ✓ In einen starken Schulpsychologischen Dienst, dessen Aus- oder Überlastung wir jetzt nach der Pandemie sehr kritisch beobachten. Viele Kinder und Jugendliche brauchen Unterstützung durch Jugendamt und/oder Psychologen. Sie kommen nicht mehr aus dem Haus, vermeiden Kontakte. Wir verlieren sie für den Arbeitsmarkt von morgen – sie verlieren ihre Zukunft.
 - ✓ In personell und sächlich gut ausgestattete Förderschulen und
 - ✓ über ein weiterführendes Investitionsprogramm in die Erweiterung des Raumangebotes für die Förderschulen, dass CDU, Grüne und SPD letztes Jahr angeschoben haben. Steigende Schülerzahlen sind das Ergebnis des Elternwillens, die für ihre Kinder mit Förderbedarf eine bessere Zukunft in der Förderschule sehen, weil die Regelschule Kinder mit Förderbedarf nicht ausreichend fördert. Daher braucht es gute und gut ausgestattete Förderschulen!

Frau Thieme: Ihnen und Ihrem Team Danke für Ihre gute, lösungsorientierte und den Dialog mit Kommunen und Eltern suchende Arbeit!

- Der ÖPNV im Kreis muss attraktiv bleiben – trotz Einsparungen. Über die Stabilisierung der ÖPNV-Aufwände wollen wir im Bündnis aller demokratischer Fraktionen Einsparungen so umsetzen, dass die Fahrgäste möglichst wenig belasten werden.

Lieber durch Wechsel des Unternehmens Leerfahrten streichen und die Linienführung optimieren, als eine Linie einstellen. Aber wir müssen sagen: Es wird Einschränkungen geben, die es aber zu beschränken gilt! Vor-Ort CO2-emissionsfreie Fahrzeuge sind alternativlos – Diesel ist Out! Aber deren Auswahl – Wasserstoff oder E-Mobilität – ist bedarfsgerecht zu entscheiden. On-Demand-Verkehre wie Efi sind wieder einzuführen, um auch die ländlichen Bereiche des Kreises an den ÖPNV anzubinden.

- Es fehlen nach wie vor bezahlbare und barrierefreie bzw. altersgerechte Wohnungen. Daher ist klar: Wir brauchen weiter einen aktiven sozialen Wohnungsbau über die RBS. Die RBS muss zusätzliche Wohnungen schaffen und gleichzeitig die energetische Sanierung im Bestand fortzusetzen. Aktuell geht dies trotz höherer Ausschüttung an Kreis und Stadt. Aber gegenüber der Ausschüttung haben Bauen und Sanieren für die SPD Vorrang, wenn beides zusammen die RBS in Zukunft überfordert.
- Sozialpolitische Ansätze sind trotz Einsparzwänge in der bisherigen Qualität fortzuführen. Das gilt insbesondere für die personenzentrierten und quartiersbezogenen Ansätze – Stichwort „Motiv Mensch“.
- Der Bereich Pflege bedarf weiterhin unserer besonderen Aufmerksamkeit. Wir brauchen Zuwachs bei den vollstationären Pflegeeinrichtungen und der Kurzzeitpflege, die pflegende Angehörige entlastet. Darauf habe ich wiederholt hingewiesen. Geeignetes Personal ist Mangelware – auch wenn bundesweit wieder mehr Menschen eine Ausbildung in der Pflege beginnen. Ein Mitglied der AfD im Sozialausschuss des Kreises hat letztes Jahr davon gesprochen, nur „kulturraffine Pflegekräfte“ einzusetzen. Der AfD ist ein Roboter am Pflegebett lieber als eine qualifizierte Fachkraft aus Mexiko, Brasilien oder Indien. Das geht völlig am Bedarf vorbei. Im gesamten Gesundheitswesen sind wir in Deutschland – sind die erkrankten und pflegebedürftigen Menschen – auf gute, motivierte und qualifizierte Ärzte und Pflegekräfte angewiesen. Deswegen wollen CDU, Grüne und SPD hier im Kreis die aktive Pflegefachkraftgewinnung fortsetzen. Rechtliche Verfahren zur Anerkennung von Abschlüssen müssen beschleunigt werden. Wir brauchen eine Kultur der offenen Tür im Gesundheitswesen. Pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörige brauchen Unterstützung – keinen Rassismus, der Menschen aus anderen Ländern davon abhält, nach Deutschland zu kommen. Die AfD schadet der Versorgung der Menschen bei Pflegebedürftigkeit und Krankheit! Punkt!

Meine Damen und Herren,

bleibt ein Blick auf die Anträge der SPD-Fraktion:

- Die Schuldner- und Insolvenzberatung in Wermelskirchen erfüllt eine wichtige soziale Aufgabe für den Nordkreis und hilft vielen Menschen, ihre finanzielle Existenz zu sichern. Sie muss erhalten bleiben. Zuschüsse Dritter – Land und Stadt – sind weiter erforderlich!
Ich freue mich über die Unterstützung durch CDU und Grünen – aber gerne auch aus den anderen Fraktionen.
- 1996 ist auf Antrag der SPD-Fraktion die jährliche Veranstaltung zum Gedenktag an die Befreiung von Auschwitz beschlossen worden. Einstimmig!

Ist die Förderung von Respekt und Toleranz, gegen Rassismus und Antisemitismus in Sport und Gesellschaft heute nicht noch viel dringender?

Der Kreissportbund und andere sind hier aktiv. Das ist gut, weil es aktuell dringend erforderlich ist. Aber es muss möglichst viele Angebote und Initiativen geben. Deshalb halten wir eine Ergänzung über die Organisation „FAIReinskultur“ für richtig – und 5.000 € aus den bestehenden Budgets für finanzierbar! Sollte es keine Mehrheit geben bitte ich um Unterstützung eines Antrages gegenüber den Stiftungen der Kreissparkasse!

- Unser dritter Vorschlag ist ein Einsparvorschlag. Wir stimmen zu, flexible Elemente in den Stellenplan einzubauen. Wir stimmen zu, für neue Wege im Jugendamt neue Stellen zu schaffen, weil hierdurch am Ende Geld gespart werden kann.

Aber beim Stellenplan 2023 ist – das habe ich schon oft gesagt – massiv Vertrauen der Kommunen zerstört worden. Die Bürgermeister fühlten sich hintergangen – und das zu Recht. Der neue Landrat, wer immer es ist, der neue Kämmerer und der neue Kreistag müssen Vertrauen zurückgewinnen. Wir müssen im Kreis aktiv gestalten, aber dabei die Belastung der Kommunen sehen, abwägen und bei unseren Entscheidungen angemessen berücksichtigen. Der Kreis muss wieder Partner der Kommunen werden.

Es wird auch im Rahmen des Transformationsprozesses dazu kommen, dass Stellen nicht mehr benötigt werden. Neue Aufgaben werden wir zukünftig vermehrt durch Verzicht auf andere umsetzen – statt mit jeder neuen Anforderung immer nach neuem Personal zu rufen. Verwaltung schafft das!

Ein gutes Zeichen für den Start dieses Prozesses wäre der weitere Abbau von Stellen im Bereich „Verwaltungsführung“. Die Verwaltung ist hier nach vielen Jahren der Stellenausweitung – von 27 auf 40 – jetzt von selbst dazu gekommen, Stellen zu reduzieren. Das ist richtig! Redenschreiber für den Landrat sind sicher gut beschäftigt – aber bleiben Luxus.

Daher: Stimmen Sie als Signal an die Kommunen unserem Antrag zu!

Sehr geehrte Damen und Herren,

noch einmal: Die demokratischen Parteien in diesem Kreistag schaffen es, in beachtlichem Umfang – 85 Mio. € in fünf Jahren – ohne öffentlichen Streit und vor einer Wahl zu konsolidieren und zu priorisieren! Wir haben unterschiedliche Akzente, wir sind nicht in allem völlig einig: Aber wir handeln vielfach gemeinsam zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger!

Wir investieren in Bildung und Schule!

Wir erhalten soziale Strukturen – auch die Schuldner- und Insolvenzberatung im Nordkreis.

Wir bauen die Pflege bedarfsgerecht aus!

Wir tun alles, um einen attraktiven ÖPNV zu erhalten!

CDU, Grüne und SPD haben in einem gemeinsamen HH-Begleitbeschluss diese Akzente dargelegt und bekräftigt!

Die SPD-Kreistagsfraktion wählt auf dieser Basis den neuen Kämmerer mit und stimmt dem Doppelhaushalt 2025 / 2026 mit den noch zu beschließenden Änderungen zu!